

**Basiskonferenz
der LINKEN**
Sonnabend, 11.2., 9 Uhr
OSZ Bürowirtschaft II,
Marktstraße 2-3



● Gesine Lötzsich spricht beim politischen Jahresauftakt der LINKEN am 16. Januar

Foto: DIE LINKE

Politische Aufgaben 2012

Es war vor allem der Blick nach vorn, der den politischen Jahresauftakt der LINKEN am 16. Januar im „Kosmos“ prägte. Das war auch angesichts der sozialen Situation in Deutschland und Europa dringend notwendig. Oder wie es frei nach Christa Wolf heißt. „Die Zukunft? Das ist für uns LINKE das gründlich Andere.“ Insofern steht unsere Partei im Jahr 2012 vor großen Herausforderungen: Nicht nur die Wahlkämpfe im Saarland und Schleswig-Holstein wollen wir erfolgreich bestreiten.

Wir müssen bei vielen Themen um Mehrheiten ringen: Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan, keine weiteren Kriegseinsätze, Ost-West-Angleichung von Renten und Löhnen, flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn und Kampf gegen die Hartz-IV-Bestimmungen. All das bleibt für DIE LINKE aktuell.

Dafür brauchen wir Partner. Oft haben wir zwar gute Antworten auf die gesellschaftlichen Fragen, müssen diese jedoch stärker als bisher mit den gesellschaftlichen Akteuren gemeinsam entwickeln.

Für uns in Berlin, in Lichtenberg, heißt dies konkret, die politische Auseinandersetzung mit der SPD-CDU-Koalition in der notwendigen Schärfe und argumentativen Stärke zu führen. Die soziale Schwerpunktsetzung im Landes- und Bezirkshaushalt, das Volksbegehren für eine kommunale S-Bahn, für bezahlbare Mieten und gegen Verdrängung sind wichtige Vorhaben. Im Bezirk ringen wir um einen sozialen Haushalt, um eine soziale Infrastruktur, um bezahlbare Mieten und um den Erhalt der Angebote der Jugendarbeit.

Vor dieser Herausforderung stehen der Bezirksverband und die Linksfraktion in der Bezirksverordnetenversammlung – auch in parlamentarischer Auseinandersetzung mit einer Zählgemeinschaft, deren kleinster gemeinsamer Nenner immer mehr die Diffamierung und Ausgrenzung der LINKEN zu sein scheint.

Nicht zuletzt unterstützen wir solidarisch die Landesverbände in ihren Wahlkämpfen und werben für ein Miteinander statt des Gegen-einanderstehens.

Michael Grunst

Der Rat der Basis ist gefordert

Von Michael Stadler

Am 11. Februar wollen wir auf einer Basiskonferenz die Ergebnisse der Arbeit der AG Wahlanalyse einem ersten, breiten Praxistest unterziehen. Die Diskussion über die Ursachen für unsere Verluste bei den Wahlen soll mit einem möglichst großen Kreis von Genossen weiter vertieft und beraten werden, wie wir wieder in die politische Offensive kommen können.

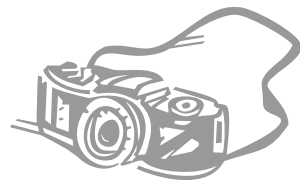
Die demografische Entwicklung unserer Partei und unsere abnehmende Verankerung in der Gesellschaft zwingen uns, die bestehenden Strukturen unserer Parteiarbeit zu überprüfen. Die verschiedenen Ebenen unserer außerparlamentarischen und parlamentarischen Arbeit müssen besser zusammenarbeiten. Dies erfordert, dass die Verantwortlichkeiten klar definiert sind und auch wahrgenommen werden.

Die Ergebnisse unserer Basiskonferenz sollen dann auf der Hauptversammlung am 10. März in einen Beschluss zur Verbesserung unserer Parteiarbeit münden. Diese Hauptversammlung wird auch einen neuen Bezirksvorstand und unsere Delegierten für die kommenden Tagungen der Bundespartei wählen.

Gesine Lötzsich hat den Bezirksvorstand informiert, dass sie nicht mehr als Bezirksvorsitzende kandidieren wird. Evrim Sommer, stellvertretende Bezirksvorsitzende, und Michael Grunst, Mitglied des Bezirksvorstandes, haben ihre Kandidatur erklärt. Wer auch gewählt wird, kann nur mit engagierten Mitgliedern des Bezirksvorstandes an der Seite erfolgreich sein. Dazu sollten sich viele Genossinnen und Genossen bereit erklären und ihre Kandidatur unserer Geschäftsstelle mitteilen.

In dieser Ausgabe

- Arbeit im Wahlkreis 4 – Interview mit Sebastian Schlüsselburg (Seite 3)
- Politik für den Bezirk oder Parteibuch-Mentalität (Seite 4)
- Basiskonferenz der LINKEN (Seite 5)
- Rot-schwarzer Fehlstart (Seite 6)
- Auf dem rechten Auge blind? (Seite 7)



Nadelöhr kommt weg

Endlich ist es soweit, werden viele gedacht haben: Auf einer vom Bürgerverein Karlshorst initiierten Veranstaltung in der HTW informierten Vertreter der Deutschen Bahn, Baufirmen und Bezirksamt über das Projekt Brückenerweiterung am S-Bahnhof Karlshorst, dessen Baubeginn unzählige Male hinausgeschoben wurde.

Mehr als 250 Karlshorster sowie Besucher aus Nachbarbezirken erfuhren von den Referenten eine Fülle von Details über die einzelnen Phasen des Bauvorhabens, über zeitweilige Sperrungen, Umleitungen, den Schienenersatzverkehr sowie über die damit verbundene unvermeidliche Lärmbelastung.

Pro und Contra der Brückenerweiterung und die Beseitigung des Nadelöhrs S-Bahn-

brücke waren jahrzehntelang diskutiert worden. Zieht die Treskowallee dadurch künftig noch mehr Verkehr an oder wird die Tangentialverbindung Ost eines Tages die erhoffte Entlastung bringen?

Jetzt wurde mit dem Bau begonnen. Die Breite der Brückendurchfahrt wird verdoppelt, die Straßenbahnhaltestellen sowie Geh- und Radwege werden auf jeder Seite eingerichtet. 2014 soll alles fertig sein.

Zusätzliche Informationen gab es über die Großbaustelle Ostkreuz, zum künftigen Regionalbahnhof Köpenick und „ganz nebenbei“ die wenig erfreuliche Bestätigung, dass der Regionalbahnhof Karlshorst nach Lage der Dinge ab dem Jahr 2016 nicht mehr existieren wird. Bürgermeister Geisel versicherte aber, dass „wir weiter für seinen Erhalt kämpfen werden“.

Dieter Görsdorf

KOMMENTIERT

Goethe hat's geahnt

Einer von beiden lügt. Entweder lügt Lichtenbergs neuer Bürgermeister Andreas Geisel (SPD) in der „Berliner Woche“, oder es lügt derselbe im „Abendblatt“. In der „Berliner Woche“ gibt Bürgermeister Geisel seiner schlichten Deutungslust freie Bahn: Die Bevölkerung habe von bezirklicher Links-Nostalgie die Nase voll gehabt und jetzt auch in Lichtenberg die neue Zeit ermöglicht. Damit ist auch gleich begonnen worden. Vorerst nur in der Bezirksverwaltung, indem wichtige Positionen ohne die gesetzlich vorgeschriebenen Verfahren freigeräumt und vor allem mit Parteigängern der SPD besetzt wurden ...

Völlig anders hingegen unser sozialdemokratisches Bezirksväterchen im „Abendblatt“. Als hätte er – wie der Wolf im Märchen – Kreide gefressen, lobte er bisher Erreichtes und versprach Fortführung. Nur zum Dankeschön an seine Amtsvorgängerin Christina Emmrich reichte es nicht.

Bisher ist Andreas Geisel vor allem dafür bekannt, viele Versprechungen zu machen, sie aber nicht einzuhalten, Dialog anzubieten, aber längst entschieden zu haben, Gremien zu gründen, ihnen jedoch keine Entscheidungskompetenz zu geben. Die Sorge ist verständlich, dass er unter Kontinuität den Fortgang solchen Gebarens verstehen könnte ...

Ich denke, nicht nur einer von beiden lügt, sondern beide. Denn gleichzeitig unseren Blutsbruder und den blutrünstigen Vampir geben zu wollen, geht nicht. Es sei denn, hier läge ein Fall von Schizophrenie vor, aber die behandelt man in Herzberge und nicht im Rathaus.

Nein, es passt zusammen, die Realität schwarz zu tünchen, um die sozialdemokratische Zukunft in rosiges Licht zu tauchen, dabei als Beruhigungsspiel eine differenzierte Sicht vorzutäuschen, insgeheim aber Lichtenberg als Beute für sozialdemokratische Parteibuchträger und westliche Goldgräber zu präsentieren. Das ist Demagogie, knallharte Macht- und Klientelpolitik in einem und ein neues Kapitel im aktuellen Thriller über Politik und Moral.

„Nein, er gefällt mir nicht, der neue Bürgermeister“, heißt es im Osterspaziergang. „Nun, da er's ist, wird er nur täglich dreister.“ Erstaunlich, wie weit Goethe voraussehen konnte. Peter-Rudolf Zottl

Baupläne an der Mole

Am 16. Januar luden die Mitglieder des Vernetzungstreffens Ostkreuz zu einer Infoveranstaltung über das geplante Baugebiet „An der Mole“ in das Oberstufenzentrum in der Marktstraße ein. Über 250 Bürger wollten erfahren, was am Paul-und-Paula-Ufer passieren soll. Da Planungen und Grundstücksverkäufe jahrelang meist im Stillen verliefen, war der Informationsbedarf groß.

Nach einer Auswertung der Veranstaltung wird es einen Workshop und weitere Treffen dazu geben, zu denen auch das Bezirksamt einladen wird.

Peter Fischer

Hilfe für Obdachlose



Foto: Birro Löttsch

Eine ganze Transporterladung Kleiderspenden hat Gesine Löttsch kurz vor Weihnachten der Tagesstätte für Obdachlose und Bedürftige „MUT, Gesellschaft für Gesundheit mbH“ übergeben. Zahlreiche Lichtenberger waren ihrem Aufruf in „info links“ 9/2011 gefolgt, warme Mäntel, Pullover und Mäntel zu spenden. An der Sammelaktion beteiligten sich Basisgruppen und viele einzelne Genossen. Herzlichen Dank! Bei „MUT“ in der Weitlingstraße 11 bekommen Obdachlose und Hilfebedürftige auch warmes Essen, ärztliche Versorgung und soziale Beratung. Vor kurzem konnte das Projekt sein 20-jähriges Jubiläum feiern.

Katrin Petermann

Vorlesehilfe gesucht

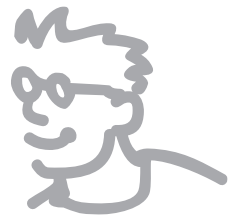
Im Wahlkreisbüro von Gesine Löttsch hat ein älterer Mann aus Neu-Hohenschönhausen um Unterstützung gebeten: Er sucht jemanden, der ihm gegen ein kleines Entgelt drei Mal pro Woche das ND vorlesen kann, da er stark sehbehindert ist. Wer kann helfen? (Bitte melden unter Telefon: 9927 0725). Katrin Petermann

Neue Sprechzeiten

Ab dem 1. Februar 2012 öffnen die Lichtenberger Bürgerämter wie folgt:

- Montag: 8–15 Uhr
- Dienstag und Donnerstag: 10–18 Uhr
- Mittwoch und Freitag: 8–13 Uhr
- Sonnabend (nur Bürgeramt 2 und nach Terminvereinbarung): 9–13 Uhr

Termine können telefonisch unter 902 96 78 00 gebucht werden.



Hallo Sebastian

Wie werden unsere Abgeordneten bzw. Kandidaten nach der Wahl in ihren Wahlkreisen wirksam? Das möchte „info links“ für seine Leser wissen. Zum Auftakt dieser kleinen Interviewserie befragten wir Sebastian Schlüsselburg, der im Wahlkreis 4 kandidierte. Wer weitere Fragen an ihn und unsere gewählten Abgeordneten hat, teile sie uns bitte mit. Wir kommen in den nächsten Ausgaben der „info links“ darauf zurück.

● **Bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus im September 2011 hast Du das Mandat knapp verfehlt. Aber über 6 200 Wähler haben Dir ihre Stimme gegeben ...**

... und bei diesen Wählern möchte ich mich herzlich bedanken. Ihr Vertrauen ist für mich persönlich, aber auch für DIE LINKE ein Ansporn, soziale Oppositionspolitik zu machen und, wo es irgend geht, ihr Alltagsleben zu verbessern.

● **Du hast nicht resigniert. Dein Motto lautet: Sozial auch nach der Wahl.**

Genau. Viele Politiker vergessen nach der Wahl nämlich ihre Versprechen. Andere – wie z. B. Frau Monteiro in der Frage des Weiterbaus der A 100 – vermeiden schon im Wahlkampf eine klare Positionierung. Ich bin da anders: Die Leute sollen wissen, woran sie bei mir sind. Unsere linken Inhalte gelten auch nach der Wahl und müssen transparent und abrechenbar sein. Die Umsetzung ist ohne Mandat und Ausstattung, zumal wir jetzt auch in der Opposition sind, zwar schwieriger, aber ich habe die Unterstützung der Partei und unserer Lichtenberger Abgeordneten.

● **Was sind die wichtigsten Themen in Deinem Wahlkreis?**

Eine große Herausforderung wird die enge Begleitung des Sanierungs- und Stadtumbaugebietes Frankfurter Allee Nord sein. Hier wollen wir dafür sorgen, dass es eine gute Bürgerbeteiligung gibt und dass es möglichst zu keiner Mietpreisspirale im Kiez kommt. Schon jetzt verteuern sich die Mieten bei Neuvermietungen. Das habe ich auch ganz persönlich bei der Wohnungssuche gemerkt.

Die Wiederbelebung des Hubertusbades wird ein Dauerthema sein. Auf einer zweiten Konferenz am 21. Februar wird die Bürgerinitiative, deren Co-Sprecher ich inzwischen bin, mit potenziellen Investoren sprechen. Uns geht es auch um eine öffentliche Nutzung. Ein reiner Wellnessstempel mit hohen Eintrittspreisen wäre nicht im Sinne der Bürger. Vielleicht sollte man auch noch mal Druck auf den Senat machen. Wenn plötzlich 328 Millionen



Foto: DIE LINKE

Sebastian Schlüsselburg: „Die Nazis müssen endlich raus aus den Köpfen!“

Euro für die Sanierung des ICC da sind, sollte doch auch etwas für das Hubertusbad vorhanden sein, damit man beim Investor über Nutzungsbedingungen verhandeln kann.

Schließlich werde ich beim Vorhaben Vollkreuzung Frankfurter Allee/Buchberger Straße nicht locker lassen. Es kann nicht sein, dass es Jahre dauert, bis endlich der Bewilligungsbescheid da ist. Evrim Sommer und ich haken da gerade im Abgeordnetenhaus nach.

● **Welche Schwerpunkte setzt Du für Deine politische Arbeit?**

Meine drei Schwerpunkte werden Bildung, Mieterschutz und der Kampf gegen Rechtsextremismus sein.

Wir brauchen endlich eine zweite Gemeinschaftsschule in Lichtenberg. Die SPD tut da jenseits von Lippenbekenntnissen zu wenig. Auch bei der Umsetzung der rot-roten Schulreform muss jetzt, wo die CDU mitregiert, genau hingesehen werden.

Beim Mieterschutz arbeite ich eng mit den Mieterbeiräten und unserer Mietpolitik-Expertin Katrin Lompscher zusammen. Es wird z. B. darum gehen, dass die Wohnungsbaugesellschaften bei Neuvermietungen nicht länger preistreibend agieren. Das betrifft in Teilen leider auch die HOWOGE.

In einigen Ecken im Wahlkreis haben mich die Ergebnisse der rechten Parteien nachdenklich gemacht. Da müssen wir ran. Die Nazis müssen endlich raus aus den Köpfen!

● **Du bist noch jung und noch nicht so lange im Wahlkreis verankert. Wie machst Du Dich bekannt?**

Vor allem durch den persönlichen Kontakt. Ich verteile unsere Flugblätter oft selbst, mache monatliche Infostände und biete gemeinsam mit der BVV-Fraktion Bürgersprechstunden an. Da kommt man mit vielen Menschen ins Gespräch. Es wird eine Wahlkreiszeitung und eine Veranstaltungsreihe geben. Außerdem erreicht man mich immer direkt über „twitter“ und „facebook“ im Internet oder auch telefonisch.

● **Wie unterstützt Dich die Basis der Partei DIE LINKE?**

Über mangelnde Unterstützung kann ich nicht klagen – ganz im Gegenteil! Die Frage ist, wie wir die Basis unterstützen können. Es wird jetzt darum gehen, strukturelle Konsequenzen aus der Wahlschlappe zu ziehen. In der AG Wahlanalyse habe ich mitgeholfen, ein paar Vorschläge zu entwickeln. Deren Umsetzung im neuen Bezirksvorstand, wo ich bisher nur Gast war, würde mich reizen.

Dresden nazifrei

Es gibt Hinweise, dass die Nazis nach ihren Niederlagen in den letzten beiden Jahren Mobilisierungsprobleme haben. Damit erhöhen sich die Chancen, den Naziaufmarsch ein drittes Mal zu blockieren und endgültig Schachmatt zu setzen. Derzeit konzentrieren die Nazis ihre Aktivitäten auf den 13. Februar.

Demokraten werden sich am 13. und auch am 18. Februar den Nazis in den Weg stellen, egal, ob 600 oder 6 000 von ihnen versuchen, durch Dresden zu marschieren.

● **Infos unter:** www.dresden-nazifrei.com





Politik für den Bezirk?

Die Wut ist groß. Mit Transparenten, wie z. B. „Jugendarbeit blutet aus“, protestieren Jugendliche und Sozialarbeiter in der BVV gegen vorgesehene Kürzungen im Jugendbereich. DIE LINKE fordert daher in einem Dringlichkeitsantrag, über die weitere Finanzierung zu beraten. Auch wenn sich Bürgermeister Geisel (SPD) noch vor der Sitzung gegen Kürzungen gegenüber den Jugendlichen aussprach, lehnt seine Zählergemeinschaft die Dringlichkeit unseres Anliegens ab. Sieht so etwa konsequente Jugendförderung aus?

Beim Thema Extremismus verbündet sich die CDU mit der NPD. Sie bricht aus der Zählergemeinschaft aus und stimmt gegen den Vorschlag der LINKEN, die Extremismus-Klausel abzuschaffen, den die SPD leicht verändert mitträgt. Mit der Klausel und dem damit verbundenen Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung unterstellt die Ideengeberin, Bundesministerin Schröder (CDU), das Vorhandensein antidemokratischer Haltungen bei Förderungsnehmern. Das ist infam angesichts der unermüdlichen Arbeit der Lichtenberger Projekte gegen Rechtsextremismus. Der CDU-Verordnete Ulf Radtke unternimmt in seinem Redebeitrag mit seiner Bemerkung, es gäbe keinen guten und keinen schlechten Extremismus, dann noch den plumpen Versuch, das Ausmaß des rechtsextremen Terrors zu relativieren.

Beim Thema A 100 fordert DIE LINKE das Bezirksamt auf, sich gegenüber dem Senat deutlich gegen deren Verlängerung zu positionieren. Vertreter der SPD und der CDU leh-

nen das ab. Dennoch, am Ende stimmen Grüne und Piraten unserem Antrag zu. Auch in diesem Punkt bröckelt die Zählergemeinschaft.

Einigkeit kann unser Vorsteher Rainer Bosse beim Thema „Berlin-Campus“ herstellen. Der Arbeitskreis „Marginalisierte“ kritisiert zu Recht, dass der Bebauungsplan für die Rummelsburger Bucht auf dem Gelände der ehemaligen Arbeitshäuser das Gedenken an die Opfer der Nazis nicht berücksichtigt. Im März soll nun auf Vorschlag von Rainer Bosse ein Runder Tisch aus Vertretern von Bezirksamt, BVV und beteiligten Initiativen gebildet werden, um dem Bezirksamt Vorschläge zu unterbreiten.

Norman Wolf

Tabubruch

In der Januar-Sitzung der BVV hat die Zählergemeinschaft aus SPD, CDU und Grünen den Vorschlag der LINKEN abgelehnt, Herrn Sito Kranke als Bürgerdeputierten für den Stadtentwicklungsausschuss zu wählen.

Damit wurde ein Tabu gebrochen. Noch nie wurde in Lichtenberg das Vorschlagsrecht einer anderen Partei ignoriert. Dies ist allenfalls möglich, wenn erhebliche Zweifel an der Eignung des Kandidaten bestehen. Herr Sito Kranke ist das ganze Gegenteil: Er war in der Betroffenenvertretung des Sanierungsgebiets Weitlingkiez aktiv. Er hat den Widerstand der Gewerbetreibenden der Weitlingstraße gegen Rechts organisiert. Er ist daher der geeignete Bürgerdeputierte und kann viel Erfahrung in den Stadtentwicklungsausschuss einbringen. Dazu sagte Fraktionsvorsitzender Christian Petermann: „Die Ablehnung unseres Wahlvor-

schlages war ein Fehler. Damit wurde durch SPD, CDU und Grünen wiederholt Machtpolitik über Sachpolitik gestellt. DIE LINKE hält an ihrem Vorschlag Sito Kranke fest und erwartet, dass SPD, CDU und Grüne unser Vorschlagsrecht respektieren.“ *DIE LINKE (PM)*

Parteibuch-Mentalität

„Natürlich spielt es eine Rolle, dass sie eine Politik vertreten, die auch wir vertreten“, sagte der Vorsitzende der SPD-Fraktion in der BVV gegenüber „ND“. Um dieses Eingeständnis eierte Bezirksbürgermeister Geisel einige Wochen herum. Genug Ärger hat es aufgrund seiner neuen Personalpolitik im Bezirksamt gegeben. DIE LINKE hatte den Anschein von Parteibuch-Mentalität bei der Besetzung von führungsnahen Positionen kritisiert. Gefordert werden Auswahlverfahren nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung als alleinige Kriterien für Stellenbesetzungen!

Bis heute lässt Herr Geisel unbeantwortet, warum mit seiner Amtsübernahme die Leitung der Pressestelle ohne Ausschreibung neu besetzt wurde. Weitere Personalentscheidungen, wie die erstmalige Außeneinstellung für einen Referentenposten, sind zumindest für Lichtenberg neu. Wie das gehen konnte und ob nicht in vielen anderen Bereichen Außeneinstellungen nötig gewesen wären, beantwortet der Bürgermeister nicht. Genauso wenig werden von ihm die Mehrkosten beziffert. Möglicherweise umfasst die Vereinbarung der Zählergemeinschaft mehr, als bisher veröffentlicht wurde. Die Linksfraktion wird weiter auf Aufklärung drängen. *Michael Grunst*

+ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +

Schulbroschüre

Die Schrift „Lichtenberger weiterführende Schulen 2012/2013“ ist im Amt für Schule und Sport (Große-Leege-Straße 103) erhältlich. 21 Einrichtungen werden vorgestellt, darunter Profil und Angebote der 1. Lichtenberger Gemeinschaftsschule Grüner Campus Malchow. Lichtenberg hat 47 Schulen, die an 66 Standorten in 140 Gebäuden untergebracht sind.

Schwimmhalle wieder offen

Lange 18 Monate war sie geschlossen – nun kann die Schwimmhalle in der Sewanstraße 229 wieder genutzt werden. Ihre Sanierung kostete 1,2 Millionen Euro.

Anton-Saefkow-Platz autofrei

Diese Idee hat DIE LINKE in einem Antrag in der BVV formuliert. Das Bezirksamt wird aufgefordert, über geeignete Schritte dazu bis 31. März zu berichten.

Schiedsperson gesucht

Für den Schiedsbezirk 6 in Lichtenberg wird ab Mai 2012 eine neue Schiedsperson gesucht. Die ehrenamtliche Tätigkeit dient der vorgerichtlichen Streitschlichtung, z. B. bei Hausfriedensbruch, Beleidigungen u. a. Delikten. In Lichtenberg wohnende Interessierte im Alter zwischen 30 und 70 Jahren können sich bis zum 23. März 2012 beim Bezirksamt (Amt für Bürgerdienste) bewerben.

Preis für Zivilcourage 2012

Im Januar erhielten Anke Heilbronner und Andreas Wächter den Preis für Zivilcourage. Anke Heilbronner schützte mit ihrem couragierten Eingreifen ein 10-jähriges Mädchen vor Missbrauch. Andreas Wächter wurde für seinen langjährigen Einsatz gegen rechtsextremistisches Gedankengut und dessen Ausbreitung ausgezeichnet.

Gehörlosensprechstunde

Im Bürgeramt 2 in der Möllendorffstraße 5 gibt es für Gehörlose eine Sprechstunde mit Gebärdendolmetscher. Termin ist immer der 2. Dienstag im Monat, 17 bis 19 Uhr (ohne Anmeldung).

Nach Vereinbarung?

Die Genossen der BO 47 nutzten ihre erste Mitgliederversammlung im neuen Jahr zu einem Meinungsaustausch über die bevorstehende Basiskonferenz. Auch sie sind der Auffassung, dass sich DIE LINKE wieder intensiver um die Alltagsprobleme der Menschen kümmern muss – und das auf allen Ebenen.

Das Potenzial dafür ist vorhanden, besonders, wenn unsere gewählten Mandatsträger mitziehen und ihre aktive, bürgernahe Wahlkreisarbeit nicht nur auf die Zeit kurz vor einer Wahl beschränken!

So meinen wir zum Beispiel, dass Bürgersprechstunden unserer Abgeordneten konkret mit Ort und Zeit ausgewiesen werden müssen und Formeln wie z. B. „nach Vereinbarung“ nicht länger hingenommen werden sollten.

Wir erwarten auch, dass sich Abgeordnete dort zeigen, wo die Probleme im Wahlkreis zur Debatte stehen – z. B. in Karlshorst, wo demnächst am Bahnhof massive Brücken- und Straßenbauarbeiten beginnen werden, die massiv in den Alltag (nicht nur) der Anwohner eingreifen werden. *Martin Walter*

● Anmerkung der Redaktion:

„info links“ greift diese Ideen auf und wird darüber berichten, was sich dazu in den einzelnen Wahlkreisen tut.

Genossenschaftler

2012 ist das UN-Jahr der Genossenschaften. Gesine Löttsch stellte unlängst in einem Zeitungsbeitrag fest, dass das Mitwirken in Genossenschaften „eine wesentliche Voraussetzung für die Umsetzung unseres Programms“ ist. Darum möchte der Bezirksvorstand der LINKEN gern Mitglieder treffen, die selbst ein Mandat in einer Genossenschaft haben oder Anteilseigner sind, und sich mit ihnen beraten. Bitte meldet Euch bis Anfang März bei Katrin Petermann (Bürgerbüro von Gesine Löttsch, Telefon: 9927 0725). Anschließend wird ein Treffen vorbereitet. *(KP)*

Arbeitskreise

Der Bezirksvorstand der LINKEN hat sich auf seiner Sitzung am 24. Januar dafür ausgesprochen, auf der Basiskonferenz am 11. Februar drei Arbeitskreise zu bilden.

Beraten werden soll u. a., wie Führungstätigkeit qualifiziert und die Kommunikation in der Partei effektiviert werden muss, wie die Kooperation der Gremien in arbeits- und kampagnenfähigen Strukturen gesichert werden kann, wie die Basisarbeit verbessert werden kann und nicht zuletzt die Frage: Wie schaffen wir es, neue Mitglieder zu gewinnen?



In der „Langen Nacht der Politik“ am 13. Januar waren die Räume der LINKEN gut besucht. So wurde es für viele zu einer langen „LINKEN“-Nacht mit interessanten Diskussionen. Zahlreiche Gäste hinterließen ihre Erwartungen an die Partei an unserer Pinnwand.

Veranstaltungen

- **Dienstag, 7.2., 19 Uhr ***
Tagung des Bezirksvorstandes
- **Mittwoch, 8.2., 18.30 Uhr ***
„Die gegenwärtige Krise. Die Aufgaben der Partei DIE LINKE bei der Verteidigung der Demokratie“, Gesprächsrunde mit Helge Meves, MA im Parteivorstand
- **Sonnabend, 11.2., 9 Uhr**
Basiskonferenz zur Auswertung der Wahlen vom 18. September 2011; OSZ Bürowirtschaft II, Marktstraße 2–3, Eingang Schreiberhauer Straße
- **Donnerstag, 16.2., 17–22 Uhr**
Tagung der BVV-Lichtenberg; Max-Taut-Aula, Fischerstraße 36
- **Montag, 20.2., 18 Uhr**
„In roten Schuhen – meine politischen Wege“, aus der Reihe „geDRUCKtes“, mit Dr. Gesine Löttsch (MdB), und Heidi Knake-Werner; Karl-Liebnecht-Haus, Kleine Alexanderstraße 28
- **Dienstag, 21.2., 19 Uhr ***
Tagung des Bezirksvorstandes

Veranstaltungsort: * Alfred-Kowalke-Straße 14

Sprechstunden der Linksfraktion in der BVV

Immer am 1. und 3. Donnerstag im Monat, 17–19 Uhr, sowie nach Vereinbarung; Rathaus Lichtenberg, Möllendorffstraße 6, Fraktionszimmer (Raum 8).

Hauptversammlung einberufen

Der Bezirksvorstand der LINKEN hat auf seiner Tagung am 10. Januar die 3. Tagung der 3. Hauptversammlung des Bezirksverbandes Lichtenberg einberufen:

- **Sonnabend, 10. März 2012, 9 Uhr**
(Einlass ab 8 Uhr), Aula des OSZ Bürowirtschaft II, Marktstraße 2–3 (Eingang Schreiberhauer Straße), 10317 Berlin,
- **Vorläufige Tagesordnung**
 - Wahl des Bezirksvorstandes Lichtenberg der LINKEN
 - Wahl der Delegierten zum 3. Bundestag der LINKEN
 - Wahl der Mitglieder im Landesausschuss Berlin der LINKEN
 - Beschluss in Auswertung der Wahlen vom 18. September 2011

Rot-schwarzer Fehlstart

Von Evrim Sommer, MDA

Die neue Berliner Regierung begann ihre Arbeit mit einem kapitalen Fehlstart. Nach nur zwölf Tagen musste der erste Senator zurücktreten. Michael Braun (CDU), verantwortlich für Justiz und Verbraucherschutz, hatte als Notar Verträge über Schrottimmobilien beglaubigt. Kann man ein Amt noch schlechter besetzen? Für seine „Amtszeit“ soll er nun auch noch ein Übergangsgeld von 50 000 Euro bekommen! Berlin hat es ja ...

Am 12. Januar verkündete Klaus Wowereit die Grundzüge der „neuen“ Regierungsarbeit. Dabei wurden zwei Dinge offensichtlich: Die Koalition hat keine neuen Ideen für die Zukunft der Stadt. Man will irgendwie so weiter machen, aber keine konkreten Projekte wirklich weiter entwickeln. Und: Der Stadt droht ein gewaltiger Sozial- und Kulturabbau – ja ein Rückschritt in die 1990er Jahre.

Keine Antworten

Es gibt bei der Großen Koalition keine Antworten auf die dringenden Fragen in dieser Stadt. So etwa hat Berlin längst einen angespannten Wohnungsmarkt. Als DIE LINKE 2008 die SPD darauf hingewiesen hat, hat diese das Problem geleugnet. Heute wertet der Regierende Bürgermeister diesen sozialen Missstand als Zeichen des wirtschaftlichen Aufschwungs. Ein Konzept für Wohnungsfragen gibt es bei Rot-Schwarz nicht, obwohl Herr Wowereit die Mietpolitik als Schwerpunkt dieser Koalition benennt. Aber was soll man erwarten – immerhin regieren nun gleich zwei überzeugte Hartz-IV-Parteien miteinander.

Manche Entscheidungen von Rot-Schwarz sind nur mit Inkompetenz zu erklären. Wie kann man ein Ressort wie „Bildung, Wissenschaft und Forschung“ auseinanderreißen und die Forschung der Wirtschaft zuordnen, während „Bildung und Wissenschaft“ zu „Jugend“ gelangt. Das ist eine Absage an den Universitätsstandort Berlin – es gibt keine Forschung ohne Lehre, wie jeder Student weiß.

Die jetzige Regierung präsentiert sich auch rückwärtsgewandt – so z. B. in der Gleichstellungspolitik. Während unter Rot-Rot Frauen Teil des Wirtschaftsressorts waren – Frauen sind eine wichtige Wirtschaftskraft und repräsentieren mehr als 50 Prozent der Berliner Bevölkerung –, sind sie nun wieder ein „Integrationsfall“ und werden dem Ressort „Arbeit, Integration und Frauen“ zugeordnet.



Foto: Kati Seefeld

Evrim Sommer im Abgeordnetenhaus

Innere Sicherheit à la CDU

Beim Thema innere Sicherheit offenbart sich schon jetzt das schleichende Gift der Re-Ideologisierung der Innenpolitik nach Vorstellungen der CDU. Im Koalitionsvertrag steht unter der Überschrift „Extremismusbekämpfung“ nur ein Satz zur NPD und ein ganzer Abschnitt zur „Bekämpfung des Linksextremismus“.

Rot-Schwarz tut Berlin nicht gut. In den letzten Jahren wurde diese Stadt nachhaltig verändert. Sie hat eine bundesweite Vorreiterposition zum Beispiel in der Gleichstellungs-, Partizipations- und Antidiskriminierungspolitik errungen. Das natürlich nur durch den Motor der damaligen Koalition: DIE LINKE.

Jetzt zeigt sich, dass die SPD nur so sozial ist, wie ihr Koalitionspartner fordert. Wichtige Projekte, die wir auf den Weg gebracht haben und mit denen sich später die SPD schmückte, werden nun auf Eis gelegt: der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor, die Rekommunalisierung der Wasserbetriebe oder das Projekt Gemeinschaftsschule.

Wirksame Opposition

Unsere neue Rolle in Berlin ist nun, gegen diese Zerstörung unserer Projekte zu kämpfen. Wir haben schon gezeigt, dass wir als Opposition stark sind. Denken wir etwa an die geplante Ernennung eines Parteifreundes von Innensenator Frank Henkel zum Polizeipräsidenten. Hier verstieß er ganz klar gegen Gesetze, die Rot-Rot erlassen hat, insbesondere gegen das Landesgleichstellungsgesetz (LGG).

Das haben wir öffentlich gemacht und ihn dadurch massiv unter Druck gesetzt. Nun will er unserer Forderung nach einem transparenten und öffentlichen Auswahlverfahren nachkommen. Dies ist ein wichtiger Erfolg für uns. Wir wollen nicht, dass in dieser Stadt wieder Zustände herrschen, wie in den 1990er Jahren. Wir haben 10 Jahre hart daran gearbeitet, den letzten schwarz-roten Scherbenhaufen zu beseitigen.

Bürgersprechstunden

- **Evrim Sommer (Wahlkreis 1):**
☎ 23 25 25 59, Mittwoch, 29.2., 17 Uhr, Dorfkate Falkenberg
- **Wolfgang Albers (Wahlkreis 2):**
☎ 23 25 25 51, nach Vereinbarung
- **Marion Platta (Wahlkreis 3):**
☎ 982 41 73, Donnerstag, 16.2., 17 – 19 Uhr, Soziokulturelles Zentrum Fennpfuhl, Landsberger Allee 180 d
- **Sebastian Schlüsselburg (Wahlkreis 4):** ☎ 0170-451 13 86, Donnerstag, 9.2., 17 Uhr, UNDINE, Hagenstraße 57, und 27.2., 18 Uhr, Kiezspinne, Schulze-Boysen-Straße 38
- **Katrin Lompscher (Wahlkreis 5):**
☎ 23 25 25 08, -25 00, Montag, 13.2., 18 Uhr, IKB, Münsterlandstraße 23
- **Harald Wolf (Wahlkreis 6):**
☎ 23 25 25 07, Sprechstunden nach Vereinbarung

Wir kommen auch gern zu BO- oder Kiezveranstaltungen. **Ladet uns ein!**

Auf dem rechten Auge blind?

Von Dr. Gesine Löttsch, MdB

Ich bin keine Freundin von Verschwörungstheorien. Aber ich habe den Eindruck, dass die Debatte um den Bundespräsidenten geeignet ist, die Diskussionen über das Versagen der Kanzlerin in der Euro-Krise und des Innenministers bei der Aufklärung des größten Verfassungsschutzskandals in der Geschichte der Bundesrepublik in den Hintergrund zu drängen.

Unternehmen sponsern Politiker

Natürlich hat der Bundespräsident ein gestörtes Verhältnis zur Wahrheit und zum Geld. Und natürlich nutzt die Bild-Zeitung die Geschichte, um ihre Auflage zu steigern. Doch eigentlich reiht sich Herr Wulff in eine ganze Reihe von CDU- und CSU-Politikern ein, die großzügig von Unternehmen gesponsert werden. DIE LINKE ist die einzige Partei im Bundestag, die sich nicht von Unternehmensspenden gefügig machen lässt.

Das Problem ist nicht nur ein womöglich bestechlicher Bundespräsident, sondern die Leichtigkeit, mit der Lobbyisten ihre Wünsche bei den regierenden Politikern durchsetzen können. Deshalb fordern wir ein Verbot von Unternehmensspenden an Parteien und Politiker. Wenn das ein Ergebnis der Wulff-Affäre wäre, dann hätte die ganze Diskussion doch noch einen Sinn gehabt.

Euro-Krise ist Merkels Krise

Der italienische Ministerpräsident Monti fordert die Kanzlerin auf, den Euro-Rettungsschirm auf eine Billion Euro aufzustocken. Die Kanzlerin lehnt diese Forderung ab. Sie will, dass Italien und die anderen Euro-Krisenländer ihre Haushalte zusammenstreichen. Was dabei herauskommt, sehen wir in Griechenland. Das Land befindet sich in seiner schwersten Krise seit dem 2. Weltkrieg.

Die Kanzlerin hat in der Euro-Krise so ziemlich alles falsch gemacht, was man falsch machen kann. Bis heute sind die Ursachen der Krise nicht beseitigt. Der Rettungsschirm ist ein rein defensives Instrument. Er bietet zeitweiligen Schutz, beseitigt aber nicht die Ursachen der Krise. Man muss den Spekulanten die Waffen aus der Hand nehmen, mit denen sie Europa tagtäglich angreifen. Gefährliche Finanzprodukte müssen verboten werden. Mit einer Finanztransaktionssteuer muss der Finanzmarkt entschleunigt werden.

Doch die Kanzlerin will nicht den Terroristen der Finanzmärkte das Handwerk legen, sie will sie nur etwas beruhigen. Das ist eine absurde Strategie! Wer Griechenland, Portugal, Spanien und Italien dem Schicksal überlässt, wird selbst scheitern. Wir brauchen ein solidarisches Europa!

Schutz vor dem Verfassungsschutz

Der Verfassungsschutz hat die Terrorzelle NSU und die NPD mit Geld unterstützt. Der V-Mann Wolfgang Frenz sagte: „Ich habe mich in erster Linie als ein Mann der NPD beim Verfassungsschutz gesehen, nicht als ein Verfassungsschützer bei der NPD.“ Diese Sicht haben offensichtlich alle NPD-V-Männer. Anders ist es nicht zu erklären, dass der Verfassungsschutz nicht über das zehnjährige Morden der Terrorzelle NSU Bescheid wusste.

Im Auftrag und mit dem Geld des Staates sind unzählige NPD-Funktionäre dabei, eine verfassungsfeindliche Partei am Leben zu erhalten. Das ist unerträglich!

Alle V-Leute in der NPD müssen abgeschaltet werden. Sie haben nichts zur Aufklärung von Verbrechen, nichts zum Schutz der Verfassung beigetragen, im Gegenteil: Sie sind Feinde der Demokratie. Die Bundesregierung versucht, den größten Verfassungsschutzskandal in der Geschichte der Bundesrepublik herunterzuspielen. Es waren Kommunikationspannen, wird verharmlosend gesagt. Die Bundesregierung ist so kleinlaut, weil sie die politische Verantwortung für diesen Skandal übernehmen müsste.

Kontakt

Die Lichtenberger Bundestagsabgeordnete

Dr. Gesine Löttsch ist erreichbar über

● Bürgerbüro, Ahrenshooper Straße 5, 13051 Berlin, ☎ 9927 0725, oder im Bundestag, ☎ 2277 1787; E-Mail: gesine.loetzsch@wk.bundestag.de

● **Sprechstunde:** 15. Februar, 17 Uhr, Bürgerbüro (Bitte anmelden!)

Ihr wöchentlicher Newsletter kann bestellt werden auf www.gesine-loetzsch.de.

Ladet sie in Basis- und Bürgerveranstaltungen ein!

Sie hat den Geheimdienst immer gegen die Linken instrumentalisiert. Jetzt wurde bekannt, dass 27 Bundestagsabgeordnete der LINKEN vom Inlandsgeheimdienst überwacht werden. Dagegen werden wir mit allen Mitteln vorgehen. Doch das eigentliche Problem ist, dass die Bundesregierung die Menschen davon abhalten will, mit der LINKEN dieses Land demokratischer und sozialer zu gestalten. Keine andere Partei kämpft so konsequent gegen den braunen Terror in unserem Land! Dafür werden unsere Genossen von der Justiz verfolgt. Dem Verfassungsschutz ging es nie um den Schutz des Grundgesetzes, sondern immer um die Kriminalisierung von Bürgern, die gegen Nazis auf die Straße gehen und die Demokratie verteidigen. Es wird Zeit, dass die politisch Zuständigen endlich die Verantwortung für diesen Skandal übernehmen.



Foto: DIE LINKE

In ihrer Reihe „geDRUCKtes“ hatte Gesine Löttsch vor kurzem Ursula Karusseit zu Gast. Mit ihrem Buch „Wege übers Land und durch die Zeiten“ erzählt die große Schauspielerin aus ihrem Leben. Das nächste „geDRUCKte“ wird am 20. Februar um 18 Uhr im Karl-Liebknecht-Haus behandelt: Heidi Knake-Werner liest aus ihrem Buch „In roten Schuhen – meine politischen Wege“.



Museum Kesselhaus

Wer vermutet schon auf dem Gelände eines Krankenhauses ein Museum? Und was für eines! Wenn man die Parkanlage des Evangelischen Krankenhauses Königin Elisabeth Herzberge (KEH) durchquert, entdeckt man das ehemalige Kesselhaus. Über 100 Jahre lang versorgte es den gesamten Komplex mit Heizwärme und Warmwasser. Den Mitarbeitern des KEH ist es zu verdanken, dass das Gebäude erhalten wurde und eine neue Nutzung erfährt.

Der im März 2001 gegründete Förderverein Museum Kesselhaus Herzberge e. V. betreibt das Haus. Hier haben schon Jazzlegenden vor ausverkauftem Haus gespielt. Mit der Veranstaltungsreihe „Internationaler Abend“ hat der Förderverein in diesem Jahr einen Vortragszyklus aufgelegt, der sich mit verschiedenen Problemen in der Welt beschäftigt. Gern nachgefragt wird das Kesselhaus von Firmen und Privatleuten.

Katrin Framke

● **Infos unter:** www.kesselhaus.de



Foto: Martin Walter

Schlaue Tierchen



Foto: Silke Wenk

Im Frühjahr 2010 bat eine Biologiestudentin, sie bei ihrer Diplomarbeit zu unterstützen und alle in Lichtenberg gesichteten Eichhörnchen zu melden. Etwa 500 Bürger sind dem Aufruf gefolgt. So entstand eine umfangreiche Datenbank über das Leben dieser schlaue Tierchen in unserem Bezirk. Viele erstaunliche Erlebnisse wurden geschildert oder per Video oder Foto dokumentiert.

Mirjam Thiele hat ihre Diplomarbeit mit einer glatten Eins bestanden, und ihre Arbeit wird mit dem Katharina-Heinroth-Preis gedacht. Der beliebte Vortrag über die Eichhörnchen und Feldhasen in unserem Bezirk kann am **22. Februar 2012 im Rathaus Lichtenberg**, Raum 114, noch einmal gehört werden.

Das Rote Europäische Eichhörnchen ist auf lange Sicht vom Aussterben bedroht, da sich das amerikanische Grauhörnchen immer weiter ausbreitet. Nur das rote Eichhörnchen hat mit seinem Winterfell die unwiderstehlichen Ohrpuschel. Es ist schlau und verliert schnell die Scheu vor Menschen – es lernt z. B. Keksdosen zu öffnen, holt kleine Wäschestücke von der Leine oder stibitzt Schokolade vom Schreibtisch.

Silke Wenk

Kultur im Bezirk

● Kabarett-Tage im Zimmertheater in der KULTschule

Sewanstraße 43 (6 Minuten Fußweg vom S-Betriebsbahnhof Rummelsburg), Eintritt: 8 Euro/ALG II 6 Euro; besonderer Rabatt zu den Kabarett-Tagen: 4 Tickets zum Preis von 3!

→ **Sonnabend, 4.2., 18 Uhr**

Ernst Röhl (Kabarettist, Buchautor) zu Gast: „Wörtliche Betäubung“

→ **Sonntag, 5.2., 16 Uhr**

Gerald Wolf zu Gast: „Satirischer Jahresüberblick“

→ **Sonnabend, 11.2., 18 Uhr**

Gunnar Schade (Autor, Solokabarettist) zu Gast: „Das ist der Mindest-Hohn!“

→ **Sonnabend, 18.2., 18 Uhr**

Kabarett „Die Kreissäge“ zu Gast: „Be Berlin – offen, hoffen und betroffen“

→ **Sonntag, 19.2., 16 Uhr**

Margit Meller und Michael Bootz (Kabarettisten) zu Gast: „Das Blaue vom Himmel – das Gelbe vom Ei“

→ **Freitag, 24.2., 20 Uhr**

„Zu wahr, um schön zu sein“ – Politisches Kabarett mit Lust contra Frust (Helfritsch, Kühn, Oertel, Uhländer, Morgenstern)

→ **Sonnabend, 25.2., 18 Uhr**

Seniorenkabarett „Die alten Schachteln“ zu Gast: „Das wahr's!“

● **Donnerstag, 16.2. – Freitag, 16.3.**

Ausstellung: „Das, was nicht gesagt wird“, Subtexte in Kunst und Politik; Ratskeller, Möllendorffstraße 6

● **Freitag, 17.2., 19 Uhr**

Lesung und Film: Elfriede Brüning „Und außerdem werde ich hundert“; studio im hochhaus, Zingster Straße 25

● **Sonnabend 18.2., 19 Uhr**

Swing und Blues: „Peters Peppers“ und „The Roaring Strings“; Max-Taut-Aula; Fischerstraße 36, Eintritt: 14 €, Karten: post@jazztreff.de, Telefon: 56 76 892

● **Sonntag, 26.2., 17 Uhr**

Liederabend mit dem Rundfunkchor Berlin: „Berlin 1830 – ein deutsch-schwedischer Salon im Hause Mendelssohn“; Schloss Friedrichsfelde, Am Tierpark 125, Eintritt: 15 €

● **Freitag, 9.3., 10 Uhr**

„Der besondere Freitag“, über Menschen, die scheinbar abseits der Gesellschaft stehen, mit Franziska Richter, Schriftstellerin Tanja Dücker und Prof. Christina von Braun; Kiezspinne FAS e. V., Schulze-Boysen-Straße 38

info links

Herausgeber

DIE LINKE – Landesvorstand Berlin, Redaktionskollektiv, V.i.S.d.P. Manfred Niklas

Adresse der Redaktion

Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE, Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin

Telefon: 030/512 20 47

Fax: 030/51 65 92 42

E-Mail: lichtenberg@die-linke-berlin.de

Web: www.die-linke-lichtenberg.de

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Manuskripte sinnwährend zu kürzen. Namentlich unterzeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion. Keine Haftung oder Abdruckgarantie für unverlangt eingesandte Beiträge.

Redaktionsschluss für Ausgabe 1/12: 30.1.2012

Die nächste Ausgabe erscheint am 8.3.2012

Abgabeschluss für Texte und Fotos: 28.2.2012

Druck: Druckerei Bunter Hund

Gestaltung: Jörg Rückmann

Diese Zeitung wird durch Spenden finanziert.